

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand



Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Deutsche Monopole fördern den Faschismus

Deutsche Monopole und Familienkonzerne waren mitverantwortlich für die Errichtung der faschistischen Diktatur und tragen die Verantwortung für die Gräueltaten. Auch heute noch gehören diese Familien zu den einflussreichsten und reichsten Deutschlands. > Seite 3

Keine Militär-Forschung an unseren Universitäten

Bayern bereitet aktuell die Kooperation von Bildungseinrichtungen mit der Bundeswehr vor und plant das Verbot der sogenannten Zivilklausel. Den Kampf gegen Militarisierung und Aufrüstung müssen wir auch an den Universitäten auf die Tagesordnung setzen > Seite 6

„Nakba“: Unterdrückung seit mehr als 100 Jahren

Mit dem Nakba-Tag soll an die Vertreibung der Palästinenser:innen im Zuge der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 erinnert werden. Doch die Unterdrückung des palästinensischen Volkes ist mehr als 100 Jahre alt und dauert auch heute noch an. > Seite 7

„Wir wollen den Klassenkampf weiterentwickeln!“

Das Bildungs- und Kulturkollektiv Klassenbildung organisiert am 19. Mai eine Konferenz, mit der verschiedene Teile der revolutionären Bewegung zusammengebracht werden sollen, um über die Perspektiven des Klassenkampfes zu diskutieren. > Seite 8

In den letzten Monaten fanden im öffentlichen Dienst, im Nahverkehr und bei der Deutschen Bahn große Arbeitskämpfe statt, auch die Bäuer:innen protestierten. Wir haben mit Eric Hausmann vom Netzwerk „Betriebskampf“, einem Zusammenschluss von klassenkämpferischen Arbeiter:innen, über das „Superstreikjahr 2024“, eine Einschätzung der aktuellen Auseinandersetzungen, die mediale Hetze gegen Streikende und die drohende Einschränkung des Streikrechts gesprochen.

Es wird immer wieder von einem Super-Streikjahr gesprochen. Wie schätzt ihr die Streikverläufe 2024 bisher ein?

Grundsätzlich positiv ist, dass über das Thema Streik durch die aktuellsten Arbeitskämpfe wieder mehr gesprochen wird. Wir merken auch anhand der heftigen Reaktionen im Lager des Kapitals, den pro-kapitalistischen Medien und der Politik, dass bereits jetzt ein wunder Punkt getroffen wurde und die Maßnahmen ihre Wirkung zeigen. Allerdings müssen wir auch sehen, dass viele Tarifabschlüsse am Ende hinter dem zurück geblieben sind, was möglich, und vor allem was notwendig gewesen wäre. Zwar scheinen Abschlüsse um die 10% oder mehr auf den ersten Blick tolle Erfolge zu sein, doch sie müssen

im Kontext der weiterhin andauernden Inflation der letzten zwei Jahre betrachtet werden. Lange Laufzeiten schmälern die Ergebnisse noch weiter, sodass in den allermeisten Fällen Reallohnverluste erzielt wurden. Nichtsdestotrotz haben vor allem die Kolleg:innen der Deutschen Bahn gezeigt: Wenn wir kämpfen, können wir gewinnen!

Wie habt ihr euch in die Streiks und Proteste eingebracht? Wie habt ihr die Stimmung dort wahrgenommen?

Wir waren gegen Ende letzten Jahres bei den Streiks im Rahmen der Tarifrunde der Länder (TdL) und haben auch in ein einigen Städten eigene Aktivitäten dazu entfaltet, in Form von regelmäßigen Stammtischen

oder kämpferischen Streikbeteiligungen. Andere Aktionen, wie die Proteste der Bäuer:innen, die Streiks bei der DB und im ÖPNV haben wir von außen unterstützt, waren vor Ort bei den Streikposten und haben den Kolleg:innen unsere Solidarität ausgesprochen und sie in ihrem Kampfgeist bestärkt. Zusätzlich verteilten wir zum Beispiel Flugblätter an Zugreisende um darauf hinzuweisen, dass die Streiks der Lokführer:innen gerechtfertigt sind und wir letztendlich als gesamte Klasse davon profitieren. Die Stimmung war vielerorts positiv und durchaus kämpferisch. Die Kolleg:innen ließen sich keineswegs von den medialen Hetzkampagnen gegen sie einschüchtern. Auch bei den Bauernprotesten wurden unsere Unterstützung und unsere klassenkämpferischen Standpunkte häufig positiv aufgenommen.

75 Jahre BRD: Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus



Das 75-jährige Jubiläum der Gründung der BRD wird von der bitteren kapitalistischen Realität, von Krieg, Krisen und einer immer unsicheren Zukunft überschattet. Eine Geschichte von Frieden, Freiheit und Demokratie? Nein, aber von Ausbeutung, Krieg und dem Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus zur Weltmacht. > Seite 4-5

Gibt es tatsächlich mehr Streiks als in den letzten Jahren? Woran liegt das?

Dazu muss man zuerst einen Blick auf die rechtliche Situation in Deutschland werfen: Gestreikt werden darf hier nur während einer Tarifauseinandersetzung. Diese beginnen mit dem Auslaufen eines Tarifvertrags und dem Ende der sogenannten „Friedenspflicht“. Ob und wann wir Arbeiter:innen besonders viel streiken wollen, können wir uns also zunächst gar nicht aussuchen, sondern wir sind dabei jeweils auf die Rahmenbedingungen der Tarifrunden angewiesen. Ein Vergleich mit Ländern wie z.B. Frankreich hinkt unter anderem, weil es dort auch ein politisches Streikrecht gibt, etwa für ein niedrigeres Renteneintrittsalter. Verglichen mit den letzten Jahren in Deutschland können wir jedoch einerseits einen deutlichen Anstieg der „Konfliktintensität“ sehen. Dabei geht es um die Summe aller genutzten Konflikthandlungen in einer Tarifrunde. Sie zeigte 2023 den höchsten Wert seit dem Jahr 2000. Auf der anderen Seite können wir auch in den ersten Monaten dieses Jahres eines der höchsten Eskalationsniveaus der letzten Jahre sehen. Das heißt, wenn es zu Tarifrunden kam, dann wurde auch oft und intensiv gestreikt. Die breite Resonanz in der Öffentlichkeit liegt natürlich auch unter anderem daran, dass ein Streik von einigen wenigen Lokführer:innen, Straßenbahnfahrer:innen und Flughafenpersonal eine viel wahrnehmbare Auswirkung hat als im Einzelhandel, wo seit über einem Jahr ein bundesweiter Flickenteppich an Tarifverträgen verhandelt wird und es immer wieder zu kaum wahrnehmbaren Streiks kommt. Insgesamt muss diese Entwicklung natürlich im Rahmen der seit 2019 anhaltenden Wirtschaftskrise gesehen werden. Wir als Arbeiter:innen sehen immer noch, wie im Supermarkt die Preise steigen, die Unternehmen

Rekordgewinne einfahren und die Politiker:innen ihre Diäten jedes Jahr aufs neue erhöhen. Nur unsere Löhne bleiben niedrig und das motiviert die Leute auch, für vergleichsweise hohe Forderungen in den Streik zu treten.

Die meisten Streiks werden durch die DGB-Führungen initiiert. Kannst du ausführen, wie ihr die Rolle der DGB-Gewerkschaften seht?

Es wäre an dieser Stelle zu einfach den DGB Gewerkschaften ausschließlich oder einseitig eine bremsende Rolle zuzuschreiben. Vielmehr werden die Arbeiter:innen in die falsche Richtung vorangetrieben. Schauen wir uns das mal am Beispiel der Tarifrunden im öffentlichen Dienst an. Zu Beginn wird großflächig die Werbetrommel gerührt. Durch angeblich objektive Umfragen und eine plötzlich gesteigerte Aktivität der Gewerkschaftsfunktionär:innen in den Betrieben wird ein demokratischer und kämpferischer Wille suggeriert. In den ersten Verhandlungsrunden stoßen „Maximalforderungen“ („So viel hat man ja noch nie gefordert“) auf fehlende Angebote der Gegenseite. Darauf aufbauend werden einzelne „wütende“ Warnstreiks organisiert. Groß, bunt mit lauter Popmusik, Gratisessen und am besten einer Busfahrt zu einer zentralen Streikaktion. So weit so kämpferisch geht es dann in die letzte Verhandlungsrunde, wo man ein kompliziertes Kompromissergebnis aushandelt, das in verschiedenen Rechenbeispielen als großer Sieg der Gewerkschaft präsentiert wird. Kleingedruckt gibt es dann noch die Laufzeit und welche anderen Ziele leider nicht erreicht werden konnten. Somit ist die Tarifrunde mit einem Reallohnverlust beendet, bevor es überhaupt zu einem unbefristeten Streik kommt. Die Konzerne hatten wenig Ausfälle, den Ar-

beiter:innen wird „das beste Ergebnis aller Zeiten“ verkauft und die Kassen der Gewerkschaft klingeln durch die vielen tausend Mitglieder, die sich die drei Warnstreiktage zahlen lassen wollten und jetzt als passive Mitglieder weiterhin ihren monatlichen Beitrag zahlen. Die DGB-Gewerkschaften inszenieren sich also durchaus als treibende Kraft in einer Auseinandersetzung, doch lenken sie dann die Kämpfe schnell und kontrolliert in seichte Gewässer und schaffen eine Win-Win-Situation für Kapital und ihre Funktionär:innen. Dass sie sich allerdings auch mal sehr aktiv bremsend in den Weg stellen können, haben wir zuletzt im April gesehen, als Verdi in der Tarifrunde Nahverkehr in NRW den Schlichtungsvorschlag annahm, obwohl zuvor 97% der Arbeiter:innen für einen unbefristeten Streik gestimmt hatten. Das sind nur einige Beispiele dafür, dass der DGB für eine versöhnlerische Sozialpartnerschaft steht und daher in den letzten Jahren insbesondere den Burgfrieden der „Konzertierten Aktion“ zwischen Regierung, DGB-Führung und Unternehmerverbänden mit getragen hat. Das zeigt uns: wir dürfen uns nicht einfach auf die Funktionär:innen der DGB-Gewerkschaften verlassen. Es benötigt eine Vernetzung klassenkämpferischer Kräfte mit und ohne Gewerkschaftsbuch, die konsequent für unsere Interessen einstehen wollen und im Zweifelsfall unsere Interessen auch gegen die Gewerkschaftsfunktionär:innen verteidigen. Als Betriebskampf wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

Es wurde immer wieder gegen Streiks in den Medien gehetzt. Was, denkt ihr, kann dagegen gemacht werden?

Die effektivste Antwort darauf können nur wir selbst als Klasse liefern. An unserem Arbeitsplatz, aber auch überall anders, wo wir leben, im

Stadtteil, der Schule, der Uni oder im Sportverein müssen wir in Diskussionen mit unseren Klassengeschwister:innen treten und die Hetze der Medien entlarven. Wir müssen aufzeigen, dass wir als Klasse ein gemeinsames Interesse daran haben, wenn einzelne Teile erfolgreiche Arbeitskämpfe führen, indem das allgemeine Lohnniveau gehoben wird. Doch wir müssen dabei den Blick auch über den Tellerrand hinaus richten und die Frage stellen, in welchem Interesse die bürgerlichen Medien arbeiten und welches System sie verteidigen. Wir müssen unseren Kolleg:innen vor Augen führen, dass ihre Hetze uns genauso treffen würde, wenn wir in unserem Betrieb konsequent in den Streik treten würden und erst recht wenn wir klar machen würden, dass wir eigentlich gar kein Interesse daran haben, weiterhin im Kapitalismus als Lohnarbeiter:innen ausgebeutet zu werden.

Es wurde und wird auch laut über eine weitere Einschränkung des Streikrechts in Deutschland nachgedacht.

Wir sagen ganz klar: Die Arbeiter:innen können und müssen sich dagegen wehren! Das Streikrecht bewegt sich in Deutschland bereits in einem sehr engen Korsett und darf auf keinen Fall noch weiter eingeschränkt werden. Doch ohne eine ernsthafte politische Interessenvertretung sind die Möglichkeiten, die man einer solchen Einschränkung entgegen halten kann, natürlich sehr begrenzt. Zum Glück gibt es aber auch eine Vielzahl an kreativen Formen des Arbeitskamps, die außerhalb des tariflichen Streikspektrums liegen und mit denen wir uns endlich ein umfassendes Streikrecht in Deutschland erkämpfen können, dazu muss natürlich auch der Kampf um den politischen Streik gehören.

Betriebskampf: „Wir sind eine Organisation von klassenkämpferischen Arbeiter:innen.“

„Klassenkämpferisch“ zu sein bedeutet für uns, konsequent für unsere Interessen zu streiten. „Arbeiter:innen“ sind wir, weil wir keine großen Maschinen, Büros oder Ländereien besitzen, sondern arbeiten gehen müssen um über die Runden zu kommen.

Wir wollen uns mit unseren Kolleg:innen vernetzen und organisieren, um gemeinsam und konsequent für unsere Interessen als Arbeiter:innen aktiv zu werden. Ob es um Lohn erhöhungen oder Entlassungen im Betrieb geht: Organisiert können wir

unsere Interessen verfolgen und dabei viel Kraft entfalten.

Dabei ist für klar: Solange wir im Kapitalismus leben, können erkämpfte Fortschritte durch die Kapitaleseite immer wieder zerstört werden. Was wir aber brauchen ist eine dauerhafte wirklich würdige, produktive und von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Arbeits- und Lebenswelt. Diese kann es unserer Meinung nach nur in einer sozialistischen Gesellschaft geben.

betriebskampf.org



Damals wie heute: Deutsche Monopole fördern den Faschismus



Auch in diesem Jahr gedenken wir am 8. Mai den Opfern des Faschismus und den Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens gegen ihn kämpften und kämpfen. Um diesen Kampf weiterführen zu können, ist es wichtig, sich die Kontinuität des Faschismus bewusst zu machen. Deutsche Monopole und Familienkonzerne waren maßgeblich verantwortlich für die Errichtung der faschistischen Diktatur und tragen die Verantwortung für die Gräueltaten, die daraus erfolgten. Auch heute noch gehören diese Familien zu den reichsten und einflussreichsten Deutschlands. – Ein Kommentar von Olga Goldman

Der Faschismus ist, wie auch der Kapitalismus, kein abgeschlossenes Kapitel der Menschheitsgeschichte. Heute wie damals ist der Faschismus der Ausweg des Kapitals, wann immer sich der Kapitalismus in einer Krise befindet und seine Herrschaft durch revolutionären Widerstand infrage gestellt wird. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Correctiv-Recherche, welche ein Treffen von rechten Ideologen, Politiker:innen aus AfD und CDU und Unternehmer:innen offen legte. Der Einfluss der deutschen Finanzoligarchie auf Politik und Kultur dauert an und somit die faschistische Tradition in Kapital und Staat. Sei es durch die Gründung und Unterstützung rechter Denkfabriken oder Lobbyarbeit.

Kontinuität des Faschismus

Deutschland wurde nicht gewaltsam von Hitler besetzt. Im Gegenteil. Im deutschen Imperialismus gibt es einen hohen Anteil von Familien, welche während des Hitlerfaschismus die Führung über die bedeutendsten Monopole innehatten und skrupellos von der nationalsozialistischen Politik profitierten. Es waren diese Konzerne in Deutschland, Europa und den USA, die den Faschismus an die Macht gebracht haben und durch ihn die eigenen Profite mehren konnten.

Die I.G. Farbenindustrie AG entstand Ende 1925 als ein Zusammenschluss deutscher Unternehmen, an dem unter anderem die Familie Bayer mitwirkte. Das Unternehmen produzierte während des Zweiten Weltkriegs das Gas „Zyklon B“, welches in den Gaskammern in Konzentrationslagern wie Auschwitz-Birkenau be-

nutzt wurde, um Millionen Menschen zu ermorden. Zudem entwickelte der ehemalige Direktor des Bayer-Konzerns bereits im Ersten Weltkrieg die Idee, Kriegsgefangene als Arbeitsklaven einzusetzen. Diese Idee wurde von den Hitler-Faschisten und der deutschen Industrie flächendeckend umgesetzt. I.G. Farben errichtete beispielsweise in dem Vernichtungslager Auschwitz die I.G. Monowitz/Buna-Werke. In den Betrieben von Thyssen, Krupp, Siemens und I.G. Farben wurden sowjetische und jüdische Kriegsgefangene, Partisan:innen, Sinti:zze und Rom:nja zur Zwangsarbeit versklavt. Als Teil der Wirtschaftselite versprachen sich diese Familien wirtschaftliche Gewinne und wollten den Faschismus zum eigenen Vorteil ausnutzen.

Ein Forschungsprojekt der Krupp-Stiftung offenbarte im Jahr 2022 Alfred Krupps Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Alfred Krupp war Mitglied in mehreren NS-Organisationen. 1931 wurde er Fördermitglied der SS, 1938 trat er der NSDAP bei. Kaum ein deutsches Unternehmen beschäftigte im Zweiten Weltkrieg so viele Zwangsarbeiter:innen wie das Unternehmen Krupp. Auch Thyssens Konzerne liefen in der Zeit des Nationalsozialismus auf Hochtouren. In Thyssen-Hütte wurden während des Krieges erst Vorprodukte, die Verwendung in der Rüstungsindustrie fanden, und später Granaten hergestellt. Als mit Fortschreiten des Krieges die Arbeitskräfte knapp wurden, löste Thyssen das Problem mit dem Einsatz von Zwangsarbeiter:innen. Diese wurden mehrheitlich aus Polen oder der Sowjetunion nach Deutschland transportiert und in Lagern untergebracht. Die häufig genannte

Zahl von 100.000 Menschen ist nach Auffassung der Historiker deutlich zu niedrig angesetzt. Thyssen war Mitglied der NSDAP und wird oft als glühender Bewunderer Adolf Hitlers bezeichnet. Thyssen half der NSDAP bei der Finanzierung des „Braunen Hauses“, der Münchener NSDAP-Zentrale. 1959 gründete die Familie die „Fritz Thyssen Stiftung“. Diese gehört heute zu den reichsten deutschen Stiftungen und besitzt ein blutbeflecktes Vermögen von 550 Millionen Euro.

Finanzier der Reaktion

Paradebeispiele für die direkte Verstrickung von Kapital und Faschismus sind auch die Familien Flick und Finck. Die Flicks waren die führende Industriellenfamilie der Kohle- und Rüstungsgesellschaft und gehörten zu den engsten Förderern Hitlers. Unter Leitung des Familienpatriarchen Friedrich Flick expandierte der Flick-Konzern im Verlauf des Zweiten Weltkriegs nach Lothringen, Lettland und die Ukraine und war einer der größten industriellen Arisierungsgewinnprofiteure. Unterstützt durch den NS-Staat übernahm der Flick-Konzern enteignete Konkurrenzunternehmen jüdischer Eigentümer:innen zu günstigen Konditionen. Trotz seiner Verurteilung zu sieben Jahren Haft im Dezember 1947 in einem Nachfolgeprozess der Nürnberger Prozesse war Friedrich Flick nach seiner vorzeitigen Freilassung in den 50er Jahren der reichste Mann Deutschlands. In den 70er Jahren unterstützte er den Bundesnachrichtendienst auf seiner Jagd nach der RAF und blieb als Lobbyist einflussreich in der deutschen Politik. Durch die „Flick-Affäre“ in den 1980er Jahren wurde die Zahlung

von Schmiergeldern in Millionenhöhe an Bundestagsabgeordnete wie CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl öffentlich.

Auch der Reichtum der Familie Finck ist in der Zeit des Hitlerfaschismus stark angewachsen. Familienpatriarch Wilhelm von Finck war Bankier und Mitbegründer der zwei größten Versicherungen des BRD-Imperialismus - der Allianz Versicherungsgesellschaft und der Münchener Rückversicherungsgesellschaft. Sein Sohn, August von Finck Senior, übernahm im Rahmen der Arisierung zahlreiche Banken. Auf diesem Vermögen aufbauend war August von Finck Junior bis zu seinem Tod 2021 ein zentraler Finanzier der AfD und anderer neurechten Parteien.

Kampf dem Faschismus

Der Faschismus ist ein Werkzeug des monopolistischen Kapitals. Familienmitglieder der Kapitalist:innen und Finanzoligarch:innen, die zur Zeit des Faschismus an der Macht waren, üben noch heute Einfluss auf die deutsche Staatsführung aus. Im Imperialismus, dem letzten Stadium des Kapitalismus, ist der Faschismus systemimmanent und das Resultat eines Staates, der danach giert, sein Herrschaftsgebiet auszuweiten. Damals wurde der deutsche Imperialismus vorrangig durch die Rote Armee zerschlagen. Heute kämpfen wir gemeinsam, als Arbeiter:innenklasse vereint, Tag für Tag auf der Straße und überall gegen den Faschismus als Machtinstrument der herrschenden Klasse. Der Kampf gegen den Faschismus muss deshalb immer auch ein Kampf gegen den Kapitalismus sein.



75 Jahre B Wiederaufstie

Das 75-jährige Jubiläum der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und des Grundgesetzes werden von der bitteren kapitalistischen Realität, von Krieg, Krisen und einer immer unsicheren Zukunft überschattet. Eine Geschichte von Frieden, Freiheit und Demokratie? Nein, aber von Ausbeutung, Krieg und dem Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus zur Weltmacht. – Ein Kommentar von Kevin Hoffmann

Am 23. Mai 1949 unterschrieb Konrad Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rats das im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte ausgearbeitete und von diesen genehmigte Grundgesetz. Damit wurde im Westen Deutschlands, nach dem Sieg über den deutschen Faschismus, ein neuer kapitalistischer Staat gegründet.

75 Jahre danach lädt die Bundesregierung am 23. Mai 2024 zu einem feierlichen Staatsakt und einem anschließenden mehrtägigen „Demokratiefest“ nach Berlin ein. Gefeierte werden soll das „Erfolgskonzept“ Bundesrepublik Deutschland in einer Zeit, in der nicht nur der wirtschaftliche Erfolg ausbleibt und sich der Kampf zwischen den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen zuspitzt, sondern sich auch immer mehr Menschen nicht mehr durch diese kapitalistische Republik und ihre Regierung vertreten sehen.

Wohlstand und Frieden?

Der Gründungsmythos der Bundesrepublik, Wohlstand, Frieden und Demokratie für alle Bürger:innen zu schaffen und einen Schlusstrich unter die bisherige Geschichte zu ziehen und damit die „politischen Wirren“ der Weimarer Republik und den deutschen Faschismus hinter sich zu lassen, wurde dabei nie auch nur annähernd erreicht.

Ganz im Gegenteil wurde die Bundesrepublik nicht nur federführend von alten Nationalsozialisten in allen Bereichen des Staates und der Verwaltung aufgebaut und über Jahrzehnte geführt, sondern sie war von Anfang an als kapitalistischer Staat auf der Ausbeutung der Millionen Arbeiter:innen aufgebaut.

Mit der Gründung der Bundesrepublik und dem damit verbundenen schrittweisen Wegfall der Beschränkungen der westlichen Besatzungsmächte wurde der Rahmen gesetzt, in dem auf den neuen deutschen Staat gestützt der unbegrenzte Wiederaufstieg der nie entmachteten deutschen Monopole organisiert wurde. Der im Grundgesetz garantierte Schutz des Privateigentums ist dabei nichts anderes als die Festschreibung der auf der Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse beruhenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Grundlage der Bundesrepublik Deutschland.

Der angestrebte und durch politische Maßnahmen organisierte Wohlstand bezieht sich dabei eben allein auf den Wohlstand der Kapitalist:innen und ihrer Unternehmen. Für ihren garantierten Profit bildet die Bundesrepublik und mit ihr alle Regierungen, egal welcher Parteien, sowie die Verwaltung und ausführenden Organe wie Polizei, Geheimdienste und Militär den passenden staatlichen, gesetzli-

chen und gesellschaftlichen Rahmen.

Die organisierte Umverteilung großer Teile des Einkommens und Vermögens der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter:innenklasse mittels Steuern, Staatshaushalt und Subventionen an die großen Monopolkonzerne ist dabei nur die Spitze des kapitalistischen Alltags.

Auch der versprochene Frieden, für den die neue Bundesrepublik mit ihrer „Verteidigungsarmee“ stehen sollte, ist vor allem für alle Menschen, die unter den mittlerweile zahlreichen Kriegseinsätzen der Bundeswehr leiden mussten, wie beim Krieg im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina, in Afghanistan oder verschiedenen afrikanischen Staaten, blanker Hohn. Exemplarisch für die Verbrechen der Bundeswehr zur Sicherung von Wirtschafts- und Kapitalinteressen steht das vom deutschen Oberst Georg Klein im Jahr 2009 befohlene Kundus-Massaker. Bei dem durch die Bundeswehr angeordneten Luftwaffenangriff auf zwei Tanklaster in der Nähe der afghanischen Stadt Kundus wurden mehr als 140 Zivilist:innen ermordet.

Demokratie des Kapitals

Zumindest auf dem Gebiet der Demokratie scheint die Bundesrepublik doch ihr Versprechen einer parlamentarischen Demokratie gehalten

zu haben, oder? Formal könnte man dem zustimmen, finden Wahlen zu Kommunalvertretungen, Landtagen und dem Bundestag doch seit 75 Jahren regelmäßig statt und theoretisch können alle erwachsenen deutschen Staatsangehörigen alle 4-5 Jahre ihr Kreuz bei einer Partei ihrer Wahl setzen. Auch eine grundsätzliche Meinungs- und Versammlungsfreiheit sieht das Grundgesetz vor.

In der Praxis gilt diese Demokratie jedoch nur, so weit sie der herrschenden Ordnung nicht unliebsam oder gar gefährlich wird oder auch nur die Grundsätze des kapitalistischen Systems infrage gestellt werden. Unzählige Einzelgesetze und Gerichtsurteile wie zum Beispiel das KPD-Verbot von 1956 schränken die Grundrechte dabei so weit ein, dass sie kaum das Papier wert sind, auf das sie einst geschrieben wurden.

Die „Demokratie“ in der Bundesrepublik ist damit in erster Linie ein Mechanismus zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen gesellschaftlichen Durchsetzung der Interessen des Kapitals

Die DDR, das andere Deutschland...

Das bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftssystem, wie es in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg aus seinen eigenen Trümmern wieder aufgebaut wurde, ist aber eben nicht alternativlos. Das zeigt trotz aller Beteuerungen herrschender Politiker:innen ja die Geschichte der ersten 40 Jahre des geteilten Nachkriegs-Deutschland.

Während in Westdeutschland Staat, Verwaltung und Wirtschaft in der Kontinuität des Faschismus unter

Leitung der Westalliierten „neu“ aufgebaut wurde (mehr dazu auf Seite 3), sah dies im Osten ganz anders aus. Hier gab es nicht nur eine Entmachtung, Bestrafung und Enteignung der herrschenden Klasse, sondern auch den Versuch, eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus und der auf ihm beruhenden Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse aufzubauen.

Trotz aller Widersprüchlichkeiten, Probleme, Fehler und dem letztendlichen Scheitern dieses Versuchs vor 35

Jahren, erinnern sich bis heute Millionen Arbeiter:innen sehnsüchtig an dieses Experiment zurück. Die Er rungenschaften von günstigen Wohnungen, fehlender Massenarbeitslosigkeit, der selbstverständlichen Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen und einem dauerhaft gesichertem Auskommen ohne ökonomische Zukunftsängste, all das gibt es seit der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland für Millionen Arbeiter:innen nicht mehr.



Bundesrepublik Deutschland – Weg des deutschen Imperialismus

unter Einbeziehung möglichst großer Teile der Bevölkerung. Immer dann, wenn und wo diese Einbeziehung nicht oder nicht in ausreichendem Maße funktioniert, wird diese Demokratie mit Repression und Gewalt durchgesetzt.

Mit der Zuspitzung von politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen und Widersprüchen auf nationaler und internationaler Ebene nimmt auch die Notwendigkeit zur Durchsetzung dieser Demokratie für Staat und Kapital gegenüber Teilen der eigenen Bevölkerung und insbesondere der Arbeiter:innenklasse zu. Das haben wir bereits in der Vergangenheit in den Protestbewegungen der 60er-70er Jahre gesehen. Das Anziehen der Repression ist dabei meist eine Antwort auf die Suche der Arbeiter:innenklasse auf eine Alternative zum kapitalistischen System und einer Hinwendung zum Sozialismus.

Die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und ein gegen abweichende politische Meinungen gerichtetes Feindstrafrecht sind ein konkreter Ausdruck davon. Dabei wird der Widerspruch zur Position des deutschen Kapitals wie in der Corona-Pandemie, in der Positionierung zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine oder im anhal-

tenden Krieg Israels gegen Palästina nicht zugelassen und mit Repression unterdrückt. Dazu gehört auch eine aggressivere Monopolpresse die von der herrschenden Meinung abweichende Positionen verteufelt.

Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus

Das deutsche Kapital hat sich aber nicht nur in Deutschland mithilfe der Bundesrepublik wieder die politische und ökonomische Macht gesichert, sondern wie schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg auch darüber hinaus versucht, seine ökonomische und politische Macht weiter auszubauen und die europäischen Völker auszu-beuten.

Dabei war der deutsche Staat zwar zunächst auf seinen eigenen wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentriert und hat sein Ziel mit der ökonomischen Durchdringung insbesondere der osteuropäischen Staaten realisiert, aus welchen billige Rohstoffe und Vorprodukte, sowie Arbeitskräfte importiert werden konnten. Gleichzeitig hat er diese Länder zu Absatzmärkten für seine eigenen Produkte gemacht. Zur Perfektionierung dieser Methode nutzt die deutsche Kapitalist:innenklasse unter

anderem die Europäische Union als ökonomisches und politisches Werkzeug.

Doch die Bundesregierung Deutschland ist seit langem nicht nur eine ökonomische Weltmacht, welche den Reichtum der eigenen Monopole durch Ausbeutung anderer Länder durchsetzt, sondern den Zugang zu Ressourcen, Handelswegen und Einflussphären auch durch den Einsatz des eigenen Militärs sichert und militärisch durchsetzt. Der berühmte Satz des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck, der 2004 darauf verwies, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde, ist die offene Bestätigung dieser Methoden.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz im Jahr 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ und die damit einhergehende beschleunigte militaristische Propaganda und Aufrüstung ist der nächste Schritt, mit dem sich Deutschland darauf vorbereitet, eine noch größere militärische Rolle bei der Durchsetzung der Interessen der deutschen Kapitalist:innen zu spielen.

Unsere Alternative

Die Geschichte der Bundesrepublik ist jedoch nicht nur eine Geschichte der herrschenden Klasse, sondern

auch eine Geschichte voller Beispiele von Widerstand und Klassenkampf von unten. Wenn die Herrschenden in diesem Jahr das „Erfolgskonzept“ ihrer kapitalistischen Bundesrepublik feiern, so versuchen sie die Geschichte des organisierten Widerstands und die Möglichkeit einer revolutionären Alternative auszulöschen.

Im Siegestaumel des deutschen Imperialismus soll jeder Gedanke an eine mögliche Zukunft ohne kapitalistische Ausbeutung, Kriege und Krisen getilgt werden. Doch 75 Jahre Bundesrepublik Deutschland sind nicht das Ende der Geschichte.

Die immer weiter zunehmenden Widersprüche zwischen Arbeiter:innenklasse und Herrschenden können auch hierzulande kaum noch verdeckt werden. Der spontane Widerstand gegen dieses System nimmt zu. Die Suche nach einer greifbareren Alternative zum Kapitalismus muss dafür jedoch in konkrete politische Bahnen gelenkt und organisiert werden.

Nur durch den organisierten Kampf für eine sozialistische Zukunft können wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und eine Geschichte dieses Landes jenseits des kapitalistischen Ausbeutersystems schreiben.



Keine militärische Forschung an unseren Universitäten!

In Bayern wird gerade das „Gesetz zur Stärkung der Bundeswehr“ auf den Weg gebracht. Es sieht unter anderem die enge Kooperation von Bildungseinrichtungen mit der Bundeswehr vor und plant das Verbot der sogenannten Zivilklausel. Den Kampf gegen Militarisation und Aufrüstung müssen wir auch an den Universitäten auf die Tagesordnung setzen. - Ein Kommentar von Marc Bremer

Nicht nur in Bayern werden die Stimmen gegen die Zivilklausel immer lauter, auch an der Technischen Universität Berlin erklärte beispielsweise der Vorsitzende der Jungen Liberalen: „Die Zivilklausel ist eine Innovationsbremse, die wir uns vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen nicht erlauben können“.

Zivilklausel in Gefahr

Bisher haben es wissenschaftliche Einrichtungen selbst in der Hand, eine Zivilklausel einzuführen und somit freiwillig die eigene Forschung zu beschränken. Universitäten und Hochschulen, die sich eine Zivilklausel auferlegt haben, stellen sicher, dass ihre Forschung und Lehre ausschließlich für zivile Zwecke durchgeführt werden. Militärische Forschung, also insbesondere Kooperationen mit der Rüstungsindustrie oder dem Militär, soll durch die Selbstverpflichtung von vornherein ausgeschlossen werden.

Derzeit sind an etwa 70 von insgesamt 422 Universitäten und Hochschulen in Deutschland Zivilklauseln in Kraft. Diese geringe Zahl überrascht nicht, richten sich die Klauseln doch explizit gegen die gängige Finanzierungs- politik der Universitäten und Hochschulen. Diese sind schließlich nicht

nur Einrichtungen des deutschen Staates und von ihm finanziell abhängig, sondern auf Grund der katastrophalen finanziellen Lage ständig auf weitere Einnahmen angewiesen.

Alle Einnahmen abseits der staatlichen Förderung gelten als Drittmittel und werden meist von kapitalistischen Unternehmen bereitgestellt.

Die Universitäten befinden sich also in einer doppelten Abhängigkeit: Zum einen sind sie auf staatliche Gelder angewiesen und müssen so den Interessen des deutschen Staates folgen. Weichen Forscher:innen oder Hochschullehrer:innen zu weit von der aktuellen Regierungspolitik oder der Staatsräson ab, müssen sie und die ganze Einrichtung um ihre Förderung bangen. Zum anderen sind die Einrichtungen abhängig von dem Profitinteresse großer Unternehmen, die sich durch von ihnen geförderten technologischen und wissenschaftlichen Vorsprung Vorteile in der Konkurrenz mit anderen Kapitalisten erkaufen wollen. Dadurch, dass angesichts der sich gegenwärtig immer weiter zuspitzenden zwischenimperialistischen Konflikte das Geschäft mit schlagkräftigen Waffensystemen und ausgeklügelten Militärtechnologien vermehrt Profite abwirft, wächst nun auch der Druck auf wissenschaftliche Einrichtungen, militärisch zu forsch-

In welchem Ausmaß die militärische Forschung derzeit bereits stattfindet, ist nur schwer herauszufinden, denn aktuelle Zahlen, besonders zur Höhe der Drittmittelgelder, werden größtenteils verschwiegen. Zwischen 2008 und 2018 flossen aber beispielsweise mehr als 20 Millionen Euro direkt aus dem US-Pentagon an deutsche Universitäten. Unter dem breiten Begriff der „Grundlagenforschung“ verbergen sich in diesem Fall bei genauerem Hinsehen Forschungsaufträge zu Raketensprengkörpern, nachhaltigen Sprengstoffen und Drohnen. Auch das deutsche Bundesverteidigungsministerium selbst steckte schon 2018 60 Millionen Euro in Forschung an deutschen Hochschulen.

Kriegstreiberei auch an den Unis

Die Forderungen nach der Abschaffung der Zivilklauseln stehen natürlich nicht im luftleeren Raum. Die von Bundeskanzler Scholz vor zwei Jahren nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine ausgerufenen „Zeitenwende“ macht sich in allen Teilen der Gesellschaft bemerkbar. Während die Bundeswehr zur Förderung eines „unverkrampften Verhältnisses“ der heranwachsenden Jugend an die Schulen geschickt wird und Kriegspropaganda im Kinderfernsehen läuft, werden nun auch die Hochschulen und Universitäten militarisiert. So spricht beispielsweise Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) von „nationalen Sicherheitsinteressen“ und „Schutz der Soldaten und Soldatinnen“, die durch die Zivilklausel gefährdet seien. Dahinter stehen jedoch keineswegs die Interessen von uns allen: Während im Krieg die großen Unternehmen, die Kapitalist:innen, profitieren, bezahlen wir Arbeiter:innen den Krieg mit immer schlechter werdenden Lebensbedingungen und im schlimmsten Fall mit unserem Leben. Wer sich von der allgemeinen Kriegsbegeisterung nicht mitreißen lassen will, dem wird durch die innere Aufrüstung an den Universitäten die Richtung aufgezeigt. Sei es das neue Exmatrikulationsgesetz in Berlin oder die Polizei, die wiederholt

Hörsäle räumt: Protest soll möglichst kleingehalten werden.

Antimilitarismus auf die Tagesordnung!

Dabei ist Protest und Widerstand gerade das, was wir jetzt an den Universitäten und Hochschulen brauchen. Ein Blick in die Vergangenheit reicht aus, um zu erkennen, dass Veränderung nur über Protest von unten erreicht werden kann. Die 68er Bewegung an den westdeutschen Universitäten kann ein Beispiel sein, auch die Einführung vieler Zivilklauseln selbst wurde erst durch studentische Bewegungen erreicht. Also alle auf die Straße für die Zivilklausel? Ganz so einfach ist es nicht. Denn selbst mit Zivilklausel ist die Militärforschung nicht vollständig vom Tisch. So gab es an der Universität Kassel noch zehn Jahre nach Einführung der Zivilklausel ein Duales Studium mit den Rüstungsunternehmen Rheinmetall und KMW. Die Universität Bremen forschte trotz Zivilklausel für das US-Militär. Und dann kommt noch das Problem der sogenannten Dual-Use Forschung, bei der es in vielen Bereichen kaum möglich ist, zivile und militärische Forschung zu trennen. Zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse und Technologien sind schließlich für beide Bereiche nutzbar. Seien es die 10.000 „zivilen“ Drohnen, die jeden Monat im Ukraine-Krieg im Einsatz sind oder die Forschung zu „nächtlichen Aktivitäten von Heuschrecken“ die vom US-Militär an der Uni Marburg finanziert wurde, die sich letztendlich als Studie zu zielgerichteten Drohnen in Afrika herausstellte: Zivilklauseln lassen sich gut und gerne umgehen, wenn andere Interessen gerade vorne anstehen.

Ein erfolgreicher antimilitaristischer Protest muss deswegen darauf hinauslaufen, die „Zeitenwende“ an sich zu bekämpfen, die Militarisation und Kriegstreiberei an unseren Universitäten und Hochschulen, aber auch in allen Bereichen unseres Lebens anzuprangern und zu stoppen.



Unterdrückt seit über 100 Jahren – die palästinensische „Nakba“

Zum Nakba-Tag am 15. Mai rufen in zahlreichen Städten palästinensische und palästinasolidarische Kräfte zu Demonstrationen auf die Straßen. Damit soll an die Vertreibung der Palästinenser:innen im Zuge der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 erinnert werden. Auch heute dauert die Unterdrückung des palästinensischen Volkes noch an, kommentiert Mohannad Lamees.

Das arabische Wort „Nakba“ bedeutet „Katastrophe“. Es bezeichnet das Schicksal der im Zuge der israelischen Staatsgründung im Jahr 1948 hunderttausenden vertriebenen und getöteten arabischen Einwohner:innen Palästinas. Diese standen – und stehen auch heute – dem politischen Anspruch Israels als eines zionistischen Staates im Wege.

Die zionistische Bewegung trat bereits lange vor der Staatsgründung, nämlich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts für einen explizit jüdischen Nationalstaat in Palästina ein. Im Zuge dessen organisierten die europäischen Zionist:innen die Migration von Zehntausenden Jüd:innen aus Europa nach Palästina, das damals noch zum Osmanischen Reich gehörte.

Das Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Fluss Jordan sei „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ – diese Vorstellung soll der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, geäußert haben. Herzls Grundgedanke tritt seitdem immer wieder in der Geschichte Israels und der Unterdrückung der Palästinenser:innen in Erscheinung. So leugnen auch heute noch immer viele Zionist:innen, dass Palästinenser:innen überhaupt einen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung haben und treten offen für eine vollständige Inbesitznahme von ganz Palästina ein.

Siedlungskolonialismus mit Weltmacht im Rücken

Um ihr Ziel der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu erreichen, suchten die Zionist:innen bereits früh den Schulterchluss mit größeren imperialistischen Mächten. Mitten im Ersten Weltkrieg sicherte Großbritannien mit der Balfour-Erklärung den Zionist:innen seine Unterstützung zu. Die Briten stachelten den Hass zwischen Jüd:innen und Araber:innen an und erhofften sich so, ihre eigenen Interessen in Palästina und in der Nähe des Suez-Kanals besser durchsetzen zu können. Für den damaligen britischen Kolonialminister und späteren britischen Premierminister Winston Churchill war die Unterstützung des Zionismus,

wie er selbst in einem 1920 erschienen Artikel darlegte, außerdem Teil des Kampfes gegen eine „internationale jüdisch-kommunistische Weltverschwörung“. Der Zionismus, so hofften viele Antisemit:innen damals, würde die Jüd:innen Europas endlich an einem anderen Ort versammeln und somit für Ordnung sorgen.

Mit der Niederlage des Osmanischen Reiches fiel Palästina nach dem Ersten Weltkrieg den Briten als Mandatsgebiet zu. Dadurch erreichte die zionistische Kolonialisierung Palästinas unter dem Schutz der Briten tatsächlich neue Dimensionen: Lebten 1918 60.000 Jüd:innen in Palästina, so wuchs diese Zahl bis zum Ende des Mandats 1948 auf über das Zehnfache an. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung zahlreicher inhaftierter Jüd:innen aus den faschistischen Lagern war Palästina eines der Hauptziele für die als „displaced persons“ bezeichneten Überlebenden.

Längst hatten sich zu diesem Zeitpunkt paramilitärische zionistische Organisationen und Milizen gebildet, die gegen die Briten rebellierten und die mittlerweile als überflüssig empfundene Schutzmacht loswerden wollten. Diese Milizen griffen auch immer wieder die palästinensischen Einwohner:innen an und schufen seit den 1930er Jahren immer größere zusammenhängende Gebiete unter zionistischer Kontrolle. Den immer wieder dagegen aufkommenden palästinensischen Widerstand konnten die Briten nur unter großer Kraftanstrengung unterdrücken.

In den 1940er Jahren beschlossen die Briten deshalb, das Mandat über Palästina aufzulösen und die sich bekämpfenden

Palästinenser:innen und Zionist:innen sich selbst zu überlassen – die Vereinten Nationen schlugen sodann 1947 einen Teilungsplan für das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan vor. Weil die umliegenden arabischen Nachbarstaaten eine Teilung des Gebiets und einen zionistischen Staat nicht akzeptieren wollten, schritten die zionistischen Milizen selbst zur Tat.

Ethnische Säuberung bis heute, aber der Widerstand lebt!

Als am 14. Mai 1948 der israelische Staat seine Unabhängigkeit erklärte, war die ethnische Säuberung Palästinas bereits in vollem Gange. Vom Herbst 1947 bis zur Staatsgründung ein halbes Jahr später hatten die Zionist:innen 440.000 Palästinenser:innen aus 220 Dörfern vertrieben. Auch mehrere Massaker hatten zu diesem Zeitpunkt bereits stattgefunden, darunter die berüchtigte Ermordung von 110 Palästinenser:innen durch die Zionist:innen in Deir Jassin. Bis zum Ende des Jahres 1949 war die Zahl der vertriebenen Palästinenser:innen sogar auf über

als gleichberechtigte Bürger:innen versagt.

Die Staatsgründung Israels war zwar ein wichtiges Ziel der Zionist:innen, sie stellte jedoch keineswegs das Ende der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser:innen dar. Vielmehr ist die „Nakba“ der Anfang des Aufbaus eines zionistischen Staatsapparates, der heute ein Apartheid-System verwaltet und in den besetzten palästinensischen Gebieten regelmäßig ethnische Säuberungen durchführt und die Besiedlung palästinensischen Gebietes weiter vorantreibt. Auch die Ermordung von zehntausenden palästinensischen Zivilist:innen im Gaza-Streifen durch die israelische Armee nach dem Angriff palästinensischer Kräfte auf Israel am 7. Oktober gehört in die Reihe dieser jahrzehntelangen, mittlerweile vor allem von den USA und Deutschland unterstützten Politik.

Das palästinensische Volk hat entgegen aller dieser Angriffe immer wieder seine Widerständigkeit und seinen Willen zur Freiheit bewiesen. Aus den Entwicklungen der Vergangenheit ergeben sich in der Gegenwart die zahlreichen Kampfplätze, an denen sich die Palästinenser:innen gegen ihre Unterdrückung zur Wehr setzen müssen: Während die Zionist:innen nach wie vor den Palästinenser:innen das Recht auf Selbstbestimmung verweigern und den palästinensischen Widerstand mit allen Mitteln bekämpfen, paktieren arabische Staaten wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien mit der neuen Regionalmacht Israel und den USA, um ihre eigenen Interessen auf dem Rücken der Palästinenser:innen durchzusetzen. Und auch die palästinensische Bourgeoisie selbst, etwa in Gestalt der Autonomiebehörde unter Mahmud Abbas lässt sich regelmäßig von den Zionist:innen einspannen. All das sind Gründe genug, nicht nur am Nakbatag, sondern jeden Tag Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf zu zeigen.



750.000 gestiegen. Sie flohen in die umliegenden arabischen Länder oder in den von den Zionist:innen noch nicht kontrollierten Teil Palästinas. Bis heute wird diesen Geflüchteten und ihren Nachkommen sowohl von Israel eine Rückkehr in ihre Heimat verweigert als auch von vielen arabischen Staaten eine Anerkennung

„Wir wollen den Klassenkampf weiterentwickeln!“

Das Bildungs- und Kulturkollektiv Klassenbildung bietet bislang im Internet eine Plattform für revolutionäre Kunst, Podcasts, Videos und theoretische Artikel. Im Mai sollen mit ihrer ersten Konferenz verschiedene Teile der revolutionären Bewegung zusammengebracht werden, um auf vier Podien miteinander zu diskutieren. Im Interview erklärt Sara Henke von Klassenbildung, welches Ziel sie damit verfolgen.

Am 19. Mai organisiert ihr eine Konferenz in Berlin. Was ist euer Ziel mit der Konferenz?

Als Klassenbildung sehen wir es als unsere Aufgabe, den Klassenkampf in Deutschland weiterzubringen. Ein Ansatzpunkt dafür ist für uns, die revolutionäre Bewegung weiterzuentwickeln. Wenn wir uns ihren Zustand heute ansehen, dann gibt es einige Probleme, die wir als Kommunist:innen angehen wollen.

Mit unserer Gründung 2020 wollten wir zum Beispiel einen Teil dazu beitragen, einfach zugängliche kommunistische Bildungsangebote zu schaffen, die uns bis dahin gefehlt haben. Auf der Konferenz soll es darum gehen, in noch mehr Bereichen Schritte nach vorne zu gehen. Einige Fragen, die wir aufwerfen, sind: Welche Rolle spielen Medien und Kultur heute im Klassenkampf? Welche Organisationsformen und inhaltlichen Schwerpunkte brauchen wir? Was können wir aus internationalen Entwicklungen mitnehmen? Wie begegnen wir der Rechtsentwicklung?

Die richtigen Antworten darauf zu finden ist nicht leicht, und kann auch nicht allein von ein paar wenigen Menschen geleistet werden. Deswegen haben wir uns für eine größere Veranstaltung entschieden, zu der jede und jeder herzlich eingeladen ist, dabei zu sein. Als Arbeiter:innenklasse liegt es weiterhin in unserer Hand, die Welt zu verändern. Dafür müssen wir aber auch zusammenkommen.

Man könnte fragen: „Wo gibt es denn heute noch Klassenkampf?“

Ob wir uns die GDL-Streiks in Deutschland ansehen, Proteste in Frankreich gegen die Erhöhung des Rentenalters oder in Griechenland gegen die Einführung privater Universitäten: Das sind alles Beispiele für lebendigen Klassenkampf im 21. Jahrhundert. Sie drücken die Konflikte aus, die durch die widersprüchlichen

Interessen der zwei großen gesellschaftlichen Klassen, Arbeiter:innen und Kapitalist:innen, entstehen.

Und es handelt sich auch nicht nur um Klassenkampf, wenn Arbeiter:innen streiken. Es gibt genauso den Klassenkampf von oben, wenn die Kapitalist:innen oder ihr Staat die Verhältnisse weiter zu ihren Gunsten verändern wollen. Nur weil das praktisch dauerhaft geschieht, kommt es vielen so vor, als wäre das ein Naturgesetz. Das muss aber nicht so sein,

wenn wir damit anfangen, uns genauso beständig zu wehren und eine starke klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung aufbauen.

Welchen Bezug haben die Diskussionen auf der Konferenz zu der Praxis des Klassenkampfs in Deutschland?

Wir haben viele Projekte und Organisationen eingeladen, um uns mit ihnen darüber auszutauschen, wie der Klassenkampf der Arbeiter:innen konkret aussehen muss. Ob die Arbeit im Internet stattfindet, auf der Straße oder auch außerhalb Deutschlands – wir setzen darauf, dass wir und die verschiedenen Teilnehmer:innen gegenseitig voneinander lernen können.

Als Bildungsprojekt sind wir selbstverständlich keine Gegner:innen theoretischer Diskussionen, aber als Kommunist:innen wissen wir genauso, dass diese im Zusammenhang mit unserer praktischen Arbeit stehen müssen. Deswegen ist unser Ziel mit den Podiumsdiskussionen auch nicht, uns gegenseitig auswendig gelernte Zitate vorzutragen. Wir erwarten solidarische Diskussionen und einen kollektiv gestalteten Tag. Im besten Fall erreichen wir, dass alle Teilnehmer:innen aus der Konferenz etwas für ihre Praxis mitnehmen und in ihrer Arbeit umsetzen können.

Mehr infos unter:

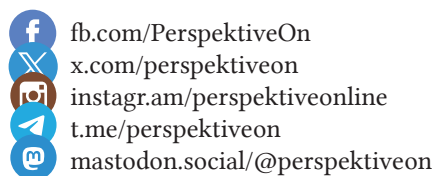
klassenbildung.net/konferenz



PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>